

JOURNALISMUSKURS

DEMENZ: Herr S. weiss nicht mehr, was früher war, und verliert langsam die Sprache **SEITE 15**

GEMEINDERAT

RECHTSRUTSCH: Wie die Jungen die CVP zurück in bürgerliche Gewässer steuern **SEITE 14**



ANOTHER YEAR

GIBT ES DAS? Ein glückliches Langzeitehepaar als bewegende Kinohelden **SEITE 17**

Stadt verteilt ihr Landwirtschaftsland neu



Der Reutlinger Bauer Peter Kipp und sein Sohn Remo vor dem Pachtland, das ihnen die Stadt gekündigt hat. Bild: Peter Würml

Selbstständige Winterthurer Bauern sind erzürnt und sehen ihre Existenz bedroht. Die Stadt hat ihnen einen Zehntel des bewirtschafteten Landes gekündigt. Das Land geht an die städtischen Bauernhöfe, die wachsen sollen, um überleben zu können.

DAVID HERTER

Der Bauernhof von Peter Kipp liegt südlich von Reutlingen. In den Ställen stehen 38 Kühe und 7 Pferde. Zum Hof gehören 40 Hektaren Wiesen und Äcker. Damit hat der Familienbetrieb eine Grösse, die ausreicht, um dereinst auch Kipps Sohn Remo ein genügendes Einkommen zu ermöglichen. Etwas mehr als 10 Hektaren Land allerdings hat Kipp von der Stadt gepachtet. Nun sind ihm 1,6 Hektaren davon gekündigt worden. Direkt gefährdet sei die Existenz seines Betriebs nicht, sagt Kipp. «Was aber ist beim nächsten Kündigungstermin?», fragt er sich. «Vielleicht macht die Stadt dann das gleiche Spiel wieder.» Zudem zwingt ihn der Verlust des Landes, die Fruchtfolge umzustellen. «Ich muss meinen Betrieb regelrecht umdrehen.»

Kehrtwende nach 50 Jahren

Stefan Weidmann in Stadel stehen ab 2012 ebenfalls 1,5 Hektaren weniger zur Verfügung. «Das sind 6 Prozent der Betriebsfläche, das werde ich beim Einkommen spüren», sagt Weidmann. Er werde auf einen Teil des Ackerbaus verzichten und für seine Milchkühe Futter zukaufen müssen. Gleich 3 Hektaren gekündigt wurden auch Matthias Werren, der dabei ist, sein bisher 22 Hektaren umfassendes Bauerngewerbe im Unteren Radhof auf Mutterkuhhaltung umzustellen. «Fast 50 Jahre hat sich die Stadt nicht für ihre Betriebe interessiert», sagt Werren. Nun wolle sie Geld investieren, wie es private Bauern nie aufbringen könnten. «Das hat mit gesunder Landwirtschaftspolitik nichts zu tun», sagt Werren. Die städtischen Restaurants etwa seien verkauft worden, weil sie nicht zum Kerngeschäft gehörten. Bei den Bauernbetrieben fahre die Stadt nun den genau umgekehrten Kurs.

Noch härter betroffen von den Pachtkündigungen ist Thomas Leuenberger, der in Ricketwil einen Milch- und Ackerbaubetrieb besitzt. Er verliert in einem Jahr eine Fläche von 5,5 Hektaren. «Von 1,6 Hektaren wusste ich, dass sie mir gekündigt werden, von den anderen 4 Hektaren nicht», sagt Leuenberger. Auch er kann laut eigener Aussage mit den verbleibenden 35 Hektaren

Land seinen Betrieb weiterführen. Er ist sich aber unsicher über die Zukunft von weiteren 10 Hektaren Land, die er ebenfalls von der Stadt gepachtet hat. «Ich weiss nicht, was die Stadt plant.»

«Wir nehmen sicher keinem Landwirt einen Blätz Land weg, wenn dadurch seine Existenz bedroht ist», sagt die zuständige Finanzvorständin Verena Gick (FDP). Die Strategie für die städtischen Landwirtschaftsbetriebe liege seit 2007 auf dem Tisch. Laufen Pachtverträge aus, schaue sich die Stadt die Situation jeweils genau an, sagt Gick. «Wir klären ab, ob der betroffene Bauer das Land noch braucht, oder ob wir es für unsere Bauern brauchen können.» Ein Grund für eine



«Wir klären genau ab, ob der Bauer das Land noch braucht»

Stadtträtin Verena Gick

Kündigung könne die baldige Pensionierung des Pächters sein oder der Fakt, dass dieser lediglich im Nebenerwerb Bauer sei. Wie vielen Bauern die Stadt wie viele Hektaren gekündigt hat, kann Gick noch nicht sagen. Diese Zahlen werde sie in der Antwort auf eine Anfrage von Gemeinderat Heinrich Keller (SVP) zum Thema nennen.

Bauern gehen vor Gericht

Die Bauern Leuenberger in Ricketwil und Kipp in Reutlingen wollen die Kündigung nicht hinnehmen. Sie klagen vor Bezirksgericht auf Pächterstreckung. «Wenn die Stadt mir Land wegnimmt, drängt sie mich genau in die Ecke, in der sie mich laut eigener Aussage nicht haben will», sagt Kipp, «sie macht mich zum Teilerwerbsbauern.» Landwirt Weidmann in Stadel hingegen wird die Kündigung nicht anfechten. Im Gegenzug darf er das gekündigte Land drei Jahre lang gratis bewirtschaften. «Ein Zückerchen», sagt er. Keine Pächterstreckung verlangt auch Werren vom Unteren Radhof. «Ich hoffe noch darauf, dass sich eine bessere Lösung findet.»

«Naturnah und existenzsichernd»

Gleich zweimal liess die städtische Liegenschaftenverwaltung ihre Bauernhöfe von Experten prüfen: 2004 auf die Tauglichkeit für den Biolandbau und 2006 auf die Zukunftstauglichkeit und den Investitionsbedarf. Die Stadt entschloss sich drei auf Stadtgebiet gelegene Bauernhöfe aufzugeben und zwei weitere Höfe

zusammenzulegen. Zudem sollten die verbleibenden sechs Höfe mit weiterem Land ergänzt und vergrössert werden, um den Pächtern auf lange Frist einen existenzsichernden Ertrag zu ermöglichen. Wert legt die Stadt auf eine naturnahe Landwirtschaft, die Lebensräume von Pflanzen und Tieren vernetzt und zum Beispiel

Hochstammobstbäume erhält. Ein Hof an der Eidbergstrasse ist bereits seit den 90er-Jahren auf den biologischen Anbau umgestellt, für zwei weitere Betriebe ist eine Umstellung vorgesehen. Bis ins Jahr 2013 will die Liegenschaftenverwaltung rund 6 Millionen Franken in die Erneuerung ihrer Bauernhöfe investieren. (dh)

Rekord: Fast 280 000 im Technorama

279 819 Eintritte hat das Technorama im letzten Jahr laut eigenen Angaben verzeichnet, womit der bisherige Rekord von 2008 um 2638 Personen übertroffen wurde. In einer Mitteilung schreibt Direktor Thorsten Künnemann, das Technorama habe im Mai und August vom schlechten Wetter profitiert. 32 000 und 36 000 Besucherinnen und Besucher zählte man in diesen beiden Monaten, was «die kühnsten Erwartungen übertraf». Während der Hitze im Juni und Juli hätten zudem viele Schulklassen auch aus dem Ausland für gute Zahlen gesorgt. Aus der Schweiz waren im letzten Jahr rund 62 000 Schülerinnen und Schüler im Technorama zu Gast. (mgm)

Für Vereine ist Platz am Albanifest gratis

Zum 40. Jubiläum schenkt das Albanifest-Komitee den Vereinen Platzgelder und Gebühren für Musiknutzung.

«Als Hommage an die Vereine» versteht Beat Blaser, Präsident des Albanifest-Komitees, den Erlass der Platzgelder. Die Vereine seien die Hauptakteure des Albanifests, das vom 24. bis zum 26. Juni stattfindet. Sie müssen dieses Jahr das Platzgeld für ihre Stände und Festzelte – berechnet nach Grösse – sowie die Suisa-Gebühren für die Musiknutzung nicht bezahlen. Nicht befreit werden sie von Gebühren für Strom, Wasser und Abfall. Laut

Blaser beträgt die finanzielle Entlastung total 40 000 Franken. Sie sei dank Partnern und Sponsoren möglich.

Das Komitee hofft, dass sich dank dieses Zückerchens bis zur Anmeldefrist am 15. Januar mehr und auch neue Vereine anmelden. Nicht von den Gebühren befreit werden «Vereine mit kommerziellem Hintergrund». Man werde die Statuten kontrollieren. Die Veranstalter wollen verhindern, dass sich etwa ein Restaurantbetreiber als Verein ausgibt.

Für die Vereine bedeuten die drei Tage Albanifest harte Arbeit. Deshalb zeigen sie sich zumindest verhalten erfreut über das Geschenk. «Das klingt nicht schlecht», sagt Gabriela

Demuth, Kassierin der Naturfreunde Winterthur. Sie betreiben jeweils ein Festzelt sowie eine Kletterwand in der Steinberggasse. Sie hätten jeweils 2700 Franken Platzmiete bezahlt und manchmal nur knapp schwarze Zahlen geschrieben. Das Ziel sei ohnehin nicht, gross zu verdienen am Albanifest, «sondern unseren Verein bekannt zu machen». Stefan Küffer vom Handballclub Yellow sieht das ebenso. «Das Albanifest ist eine Möglichkeit für unsere Mitglieder, sich zu treffen.» Yellow habe für das Festzelt in der Obergasse jeweils ebenfalls um die 2700 Franken Platzgeld bezahlt und Gewinne zwischen 6000 und 9000 Franken erwirtschaftet. (sa)

Babyboom: Es sind mehr Knaben

Im vergangenen Jahr wurden am Kantonsspital Winterthur (KSW) so viele Kinder geboren wie lange nicht mehr (siehe «Landbote» vom 31. Dezember). In den letzten Tagen des Jahres kamen nochmals sechs Babys hinzu, sodass sich die Zahl auf insgesamt 1642 erhöhte – 843 Knaben und 799 Mädchen. Dass mehr Jungs als Mädels geboren wurden, ist nicht aussergewöhnlich, sondern entspricht der langjährigen Statistik: Die berühmte 50:50-Chance ist eigentlich eher eine 51:49-Chance. Es wird angenommen, dass die Natur mit dem «Männerüberschuss» die aus genetischen Gründen erhöhte Sterblichkeit von Knaben und Männern kompensiert. (gu)